Beschlussvorlage
2. BM/007/2024

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kulturausschuss	03.05.2024	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Sachstand zu den Awareness- und Antidiskriminierungsmaßnahmen in den Dienststellen und Einrichtungen des Geschäftsbereichs Kultur der Bürgermeisterin
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.05.2022

Anlagen:
01_SPD-Antrag vom 20220520_AN_114_2022
02_Sachverhalt

Sachverhalt (kurz):
Diskriminierung ist ein äußerst vielgestaltiges Phänomen, das in einem großen Variantenreichtum zum Ausdruck kommt und dementsprechend häufig nur sehr schwer zu erkennen ist. Umso wichtiger ist es, dass auch die Mitarbeitenden der Dienststellen und Einrichtungen des Geschäftsbereichs Kultur der Bürgermeisterin im Erkennen von Diskrimnierungsvorfällen und im Umgang mit Betroffenen hinreichend geschult sind. Dem Stadtrat werden der aktuelle Stand der Awareness- und Antidiskriminierungsmaßnahmen und die geplanten nächsten Schritte zur Kenntnis gebracht.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Es muss geklärt werden, welcher Ressourcenbedarf zum Thema "Awareness und Antidiskriminierung" besteht.

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Awareness und Antidiskrimnierungsmaßnahmen gehören unverzichtbar zu einer diversitätssensiblen Stadtgesellschaft wie Nürnberg, die sich durch eine hochgradige Soziodiversität auszeichnet.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **MRB**

☐

☐

Beschlussvorschlag:
Die Verwaltung wird beauftragt, wie beschrieben die notwendigen Schritte vorzunehmen und die für die Umsetzung erforderlichen personellen und finanziellen Bedarfe zu ermitteln.